

Editorial

Die Grundschule als einzig wirkliche Gesamtschule kann bald auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken. In ihr werden Kinder unabhängig vom sozialen Stand, der Leistung, den Begabungen in heterogensten Klassen in der Regel vorbildlich gefördert. Nachdem der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auch eine weitere Heterogenität in den sog. weiterführenden Schulen bewirkt, wird in diesem Heft vor allem auch diese Nahtstelle in unserem Bildungssystem beleuchtet.

Bernd Dieng beschäftigt sich mit der Grundschulempfehlung, die seit dem Jahre 2012 nicht mehr verbindlich ist. Den überwiegend positiven Rückmeldungen aus der Elternschaft und von Grundschullehrern und -lehrerinnen wird die Kritik der weiterführenden Schulen, die anmerken, dass damit viele Schüler nicht über die notwendigen Standards verfügen, gegenübergestellt. Wenn die Aufteilung der Schülerschaft nach der vierten Klasse in hierarchisch gegliederte Schularten bestehen bleibt, kann nach Ansicht des Autors der Wegfall der Grundschulempfehlung nur ein erster Schritt sein. Die derzeit einzig politisch machbare Konsequenz ist ein Zwei-Säulen-Modell, das dann aber wirklich nur zwei Säulen besitzt.

Bernd Lehmann zählt drei bildungspolitische Versäumnisse der grün-roten Landesregierung auf (fehlender Schulentwicklungsplan, konsequente Realisierung der Gemeinschaftsschule und die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung unter Beibehaltung des hierarchisch gegliederten Schulsystems), die sicher zu der schlechten Bewertung der Bildungspolitik beigetragen haben. Er weist darauf hin, dass die Aufhebung der Verbindlichkeit innerhalb des bestehenden Systems fatale Konsequenzen hat.

Was sagen die Eltern zu der nicht leichter gewordenen Frage, wohin ihr Kind nach der Grundschule gehen soll? **Sabine Wassmer**, die Gesamtelternbeiratsvorsitzende von Stuttgart, äußert sich in einem Interview sehr differenziert zu Fragen der Ganztagesesschule, zur Idee des längeren gemeinsamen Lernens und weiteren neuralgischen Punkten, die die Elternschaft zz. bewegen und beschäftigen.

Wer individualisiertes Lernen als wesentlichen Beitrag zur Veränderung der Lernkultur sieht, muss sich zwangsläufig auch mit der Frage beschäftigen, wie mit der Bewertung von Schülerleistungen umgegangen werden soll – oder zugespitzt: muss die Not mit den Noten vorurteilslos diskutieren. Insofern ist es zu begrüßen, dass das Kultusministerium Ende des Schuljahrs 2012/13 einen Modellversuch „Grundschule ohne Noten“ ausgeschrieben hat. **Jörg Fröscher**, der Schulleiter einer solchen Schule, beschreibt, wie sich die Lehrerschaft gemeinsam mit den Eltern in diesen Prozess begeben hat. Differenziert stellt er dar, wie Leistungen und Kompetenzen erfasst, dokumentiert und für die Lernentwicklung des Kindes förderlich gemacht werden.

Wenn von Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern die Rede ist, so ist zu überlegen, wann, wie und warum die beiden Protagonisten miteinander kommunizieren. Für viele Lehrkräfte stellen Elterngespräche besonders – in der Grundschule während des Beratungsverfahrens – eine große Herausforderung dar. **Gernot Aich** u. a. haben vor diesem Hintergrund über mehrere Jahre ein Gesprächsmodell entwickelt, das eine symmetrische Kommunikation auf Augenhöhe ermöglicht, und diese nachweislich verbessert. Die für die verbindliche Grundschullehrerbildung ausgearbeiteten sechs Module werden kurz dargestellt und an alltäglichen Gesprächssituationen zwischen Eltern und Lehrern verdeutlicht.

Hans Batsching, ein langjähriger reflektierter Praktiker, schildert die Situation der Realschulen in der veränderten Schullandschaft. Ob das durchaus umstrittene MKS-Papier „Zur Weiterentwicklung der Realschule“ (Nov. 2014) eine neue Perspektive darstellt, wird vorsichtig optimistisch gesehen. Interessant ist der Einblick in die kontinuierliche Entwicklungsarbeit einer erfolgreichen Realschule anhand von sechs Beispielen, die das Schulprogramm nachhaltig geprägt haben. Die Methoden und Maßnahmen sind, abgesehen von jeder Strukturdebatte, wertvoll und ein Gewinn für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern in jeder Schulart.

Insgesamt hoffen wir, dass die Beiträge auf reges Interesse stoßen und zur Weiterentwicklung der guten Arbeit an den Grundschulen beitragen.

Bernd Dieng

Die veränderte Grundschulempfehlung – nur ein erster Schritt!

Die verbindliche Grundschulempfehlung (GSE) – eine Wortschöpfung mit Widerspruch, wie kann eine Empfehlung verbindlich sein? – hatte bis zur baden-württembergischen Landtagswahl 2011 Bestand in unserem Bundesland. Bereits vor der Wahl kündigten die künftigen Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen die Abschaffung der „verbindlichen GSE“ an. Argumente wie „mehr Entscheidungsfreiheit, höhere Bildungsgerechtigkeit und weniger Selektionsdruck“ wurden dort aufgeführt. Mit der Änderung des Schulgesetzes (SchG) für Baden-Württemberg im Dezember 2011 war die Grundschulempfehlung im Jahr 2012 zum ersten Mal nicht mehr verbindlich und hatte somit nur noch beratende Funktion. Auf welche weiterführende Schulart das Kind nach dem erfolgreichen Besuch der vierten Klassenstufe wechseln soll, liegt nun vollständig im Ermessen der Erziehungsberechtigten.

Die „veränderte GSE“ ist für die Schule und die Schulverwaltung rechtsverbindlich. Gemäß § 5 (2) SchG¹ berät die Grundschule „die Erziehungsberechtigten, welche der auf ihr aufbauenden Schularten für das Kind geeignet ist. Hierbei werden neben dem Leistungsstand auch die soziale und psychische Reife sowie das Entwicklungspotenzial der Kinder betrachtet“.² Die Eltern erhalten also nach wie vor eine Empfehlung, sie können sich aber für eine andere als die empfohlene Schulart entscheiden. Durch die Neuregelung soll laut Regierungskoalition „Druck aus den letzten Klassen der Grundschule sowie von Eltern und Schülern“³ genommen werden. Das Elternrecht soll gestärkt und ein Prozess der gemeinsamen Verantwortlichkeit von Schule und Elternhaus im Sinne einer Erziehungspartnerschaft gefördert werden“. Auch der Landeselternbeirat hatte diesen Schritt begrüßt.

Baden-Württemberg hat sich damit zu einer Praxis entschlossen, die in den meisten anderen Bundesländern längst üblich ist: Dort gilt nahezu ausschließlich der Elternwille.

Bernd Lehmann

Wohin mit den Kindern nach der Grundschule? Ernüchterung – auch bei Wohlgesonnenen

Die richtigerweise von der grün-roten Landesregierung angestrebte Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in Baden-Württemberg hat keineswegs die Zweigliedrigkeit vorgebracht, sondern eher zur weiteren Ausdifferenzierung beigetragen. Es gibt inzwischen eine nahezu unübersichtliche Vielfalt an Schulformen, in denen unterschiedliche oder auch gleiche Abschlüsse erreicht werden können – oder eben auch nicht. Wenn schon die pädagogisch Involvierten Mühe haben, den Überblick zu behalten, wie undurchschaubar muss ein solcher Flickenteppich erst für Eltern sein, die vor der Wahl stehen, wo ihr Kind nach der Grundschule unterrichtet werden soll?



Wohin?
Wo?
Dahin?
Dorthin?
Hierhin?
Wo?
Dorthin?
oder
doch
Dahin?

Grundschule ohne Noten – ein Werkstattbericht

„Eine neue Lernkultur braucht einen anderen Umgang mit den Schülerleistungen“¹ – der Titel eines Buches des Lehr- und Lernforschers Dr. *Felix Winter* gab den endgültigen Ausschlag, an der Theodor-Heuglin-Schule (THS) einen anderen Weg zur Feststellung von Schülerleistungen zu gehen. Vielfältige Erfahrungen in den Erprobungsphasen des Bildungsplans 2004, in den Diskussionen und Projekten mit unseren Bildungspartnern sowie Erlebnisse im täglichen Unterricht hatten dazu geführt, Leistung unter einem anderen Blickwinkel zu sehen. Kompetenzorientierung und individualisiertes Lernen – das passte nicht mit Klassenarbeiten im herkömmlichen Stil als wichtigste Form der Leistungsüberprüfung in Verbindung mit tradierter Notengebung zusammen. Also ändern – aber wie in einer Regelschule, die den Normen, Verordnungen und Erlassen der Kultusbürokratie untersteht? Der nachfolgende Werkstattbericht soll die Entwicklung der THS aufzeigen, die natürlich noch lange nicht beendet ist.

Gernot Aich, Christina Kuboth, Michael Behr

Mit Eltern kommunizieren – das Gmünder Gesprächsführungsmodell (GMG)

Elternhaus und Schule und die Beziehung von Lehrkräften und Eltern gelten als bedeutender Prädiktor für den schulischen Erfolg. Lehrkräfte sollten auf ihre Gesprächsführung mit Eltern vorbereitet werden, sowohl in der Ausbildung als auch in der Fortbildung. Das Gmünder Modell zur Gesprächsführung (GMG) mit Eltern ist sowohl ein Gesprächsführungskonzept als auch ein Trainingsprogramm, dessen flächendeckende Einführung zunächst für Grundschullehrkräfte in Baden-Württemberg von den Schulbehörden unterstützt wird. Es gründet auf Konzepten der humanistischen Psychologie: den Grundpositionen, dem Ich-Zustandsmodell, den Kommunikationsregeln, dem Problemanerkennungsprozess und dem Spielekonzept der Transaktionsanalyse. Kernbedingungen für helfende Gespräche sind: Einfühlung, Wertschätzung und Echtheit aus dem personenzentrierten Konzept sowie lösungsorientierte Fragetechniken. Diese Methoden werden schulbezogen zu einem praktischen Gesprächsführungsmodell integriert.

Hans Batsching

Die Realschule – mit neuem Konzept in die Zukunft?

Nachdem die baden-württembergische Landesregierung im Schuljahr 2011/12 die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abschaffte und als bildungspolitisches Ziel ein zweigliedriges Schulsystem festlegte, schien es so, als ob es für die Realschule als eigenständige Schulart keine Zukunft gäbe. Sollten – so war die Frage – ihre Bildungsstandards, der mittlere Bildungsabschluss, ihre Profildomänen und ihr Personal in der Gemeinschaftsschule aufgehen? Der demografische Wandel, der deutlich spürbare Imageverlust von Haupt- und Werkrealschulen und die unmittelbar nach der Landtagswahl angeordnete Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung schienen in Baden-Württemberg einen raschen Weg in die Zweigliedrigkeit aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule zwingend und rasch voranzutreiben.

Gesundheitsmanagement. Eine Aufgabe der Schulleitung für Lehrkräfte und Schülerschaft

Die Tätigkeit von Lehrkräften beinhaltet eine Fülle beruflicher Belastungen und Herausforderungen, die sie nur mit einer stabilen körperlichen wie auch seelischen Konstitution erfolgreich bewältigen können. In diesem Zusammenhang gehört es zu den Aufgaben einer Schulleitung, die notwendigen gesundheitserhaltenden Rahmenbedingungen an der Einzelschule zu schaffen, die die Lehrgesundheit dauerhaft aufrechterhalten.